Stuttgart links
Deutsche Kommunistische Partei
Kreis Stuttgart
März 2011

Stuttgart 21 kippen!

Noch eine Woche bis zur Landtagswahl!
Aber Vorsicht: Das Kapital lässt sich nicht abwählen.

Lasst uns den Stimmzettel zum Denkzettel machen! Und was noch wichtiger ist: den außerparlamentarischen Druck noch weiter steigern! Nicht vergessen: Hinter dem Projekt S21 stehen mächtige Kapital- und Monopolinteressen, die auch dann weiter wirken, wenn das politische Personal ausgetauscht wird.

„Mappus mach uns den Mubarak!“

Die Landtagswahl muss zwar mit dazu beitragen, S21 zu stoppen. Eine Grüne-SPD-Landesregierung, möglichst mit der kritischen Präsenz einer Landtags-Fraktion der Linken, wird sehr viel druckempfindlicher sein als die jetzige Regierung. Aber auch sie braucht eben weiterhin den Druck einer starken außerparlamentarischen Bewegung. Wir dürfen nicht vergessen, dass die SPD zwar einen Volksentscheid anstrebt, aber grundsätzlich für S21 ist. Auch die Grünen wollten S21 schon einmal „kritisch begleiten“. Das heißt, dass die K21-Bewegung selbst eine mögliche rot-grüne Landesregierung bei der konkreten Ausgestaltung des Volksentscheids nicht alleine lassen darf und auf die Frageformulierungen genauestens achten und Einfluss nehmen muss.

Nur machtvoller Widerstand verhindert S21

Weder die Landtagswahl allein noch das Bürgerbegehren gegen die verfassungswidrige Mischfinanzierung von S21 können den Sieg der Bewegung garantieren. Nur der kontinuierliche weiter wachsende Widerstand von machtvollen Massenaktionen verbunden mit tausend Nadelstichen, der sich nicht spalten lässt und der den S21-Betreibern keine Ruhe lässt – kann das Milliarden-Grab S21 letztendlich zu Fall bringen. Keine Einzel-Aktion, sondern nur die Gesamtheit der Bewegung, die auch in die Betriebe hineinreichen muss, wird schließlich Erfolg haben.

K21 und Gewerkschaften gemeinsam – Einigkeit macht stark!

Verwirrungsmanöver „Stiftung“ auch gescheitert

Ein weiterer Punkt des sogenannten Schlichterspruchs von Heiner Geißler hat sich als Luftnummer erwiesen. Ein echtes Stiftungsmodell, welches das Rosensteinviertel dauerhaft dem staatlichen Zugriff entzieht, ist unzulässig. „Die Stiftungsidee war Effekthascherei mit Hilfe eines wohlklingenden Begriffs.“ (Prof. Peter Rawert, Experte für Stiftungsrecht) Die Gesetze der Spekulation sind durch ein Stiftungsmodell nicht aufzuhalten, sondern nur durch direkten Widerstand bzw. durch politische Entscheidungen des Gemeinderates.

Lohn und Sozialdumping oder Trendwende?
Entscheidung unterm Daimlerstern!

Ungesicherte Arbeitsverhältnisse, Gefahr für Alle!

Nicht nur bei Daimler wird systematisch ein Dumping-Arbeitsmarkt geschaffen. Menschen werden in extremer Unsicherheit gehalten, müssen deshalb für weniger Geld arbeiten und sind weitgehend rechtlos. Eine Gefahr nicht nur für die Betroffenen, sondern für das soziale Gefüge der ganzen Gesellschaft. Dagegen machen die Gewerkschaften nun mobil. Am 24. Februar legten bundesweit rund 210000 Beschäftigte in 1360 Metallbetrieben kurzfristig die Arbeit nieder und demonstrierten.

IGM will bis zum Erfolg kämpfen

Bereits am 27. November 2010 hatte der IGM-Bezirksleiter Jörg Hofmann in Stuttgart erklärt, diesmal werde bis zum Erfolg gekämpft, mit öffentlichen und betrieblichen Aktionen, mit Ausnützen politischer Möglichkeiten, betrieblicher Mitbestimmungsrechte und einer Tarifbewegung bis hin zu Streiks. Das ist durchaus ernst zu nehmen. Jahrzehntelang war Baden-Württemberg vor allem mit seinen gut organisierten Daimler-Großbetrieben der kampfstärkste IGM-Bezirk und das kann wieder so werden.

Fortsetzung Seite 2

Impressum
DKP Kreis Stuttgart
Reinsburgstr. 178a, 70197 Stuttgart,
Tel. u. Fax 0711 6599900
www.dkp-stuttgart.org

Kliniken in Not Seite 2
EnBW wird fürs Land zum Risiko Seite 2
Interview mit Reiner Hofmann (Linke) Seite 3
Solidaritätserklärung zum Lokführerstreik Seite 3

Kliniken in Not

Seit Jahren führt der Wettbewerb im Gesundheitswesen nicht zu Qualitätssteigerungen sondern zu Einsparungen an falscher Stelle. Die Anzahl der Beschäftigten in den Krankenhäusern nimmt ab und die Arbeitsverdichtung immer mehr zu. Neben den Beschäftigten werden auch die Patienten zu Leidtragenden. Wo die Gelder zur Kostendeckung nicht reichen, drohen durch Outsourcing, Leiharbeit und Privatisierung weitere Verschlechterungen.

Landesaufgabe

Im Landeskrankenhausgesetz ist geregelt, dass die Kosten für Gesundheitsleistungen durch die Krankenkassen finanziert werden. Das Land muss neben einer bettenbezogenen Pauschalförderung auch die Kosten für Neubauten, Erweiterungsbauten oder Umbauten von Krankenhäusern und die Anschaffung notwendiger Großgeräte in voller Höhe übernehmen.

Gesetzesbruch in Serie

Jährlich fallen für das Land Baden-Württemberg ca. 600 Mio € an Investitionskosten an, wovon das Land in den vergangenen Jahren jedoch nur die Hälfte finanzierte. Ein Investitionsstau von über 1 Mrd € ist das Ergebnis dieser Zahlungsverweigerungen. Die 2008 im Rahmen der verdi-Kampagne „Der Deckel muss weg“ erkämpften Zahlungen durch Land und Bund wurden von „Gesundheits“minister Rösler kurzerhand außer Kraft gesetzt. Ca. 46% der Krankenhausinvestitionen werden aktuell durch die Krankenhäuser selbst finanziert und führen zu Einsparung von Personalstellen. Würde das Land Baden-Württemberg seinen Verpflichtungen nachkommen, wären die Krankenhäuser in einem besseren Zustand und es gäbe jetzt schon 5000 zusätzliche Stellen.

An Geld fehlt es nicht

Das Motto lautet: Sparen an gemeinwohlorientierten Leistungen für die Mehrzahl der Bürger und Geld verschwenden für wenige „Profiteure“. So zahlte das Land im Jahr 2009 zur Rettung der LBBW ca. 2,5 Mrd €, kaufte 2010 überteuerte Aktien der EnBW für 4,7 Mrd € und gibt für S21 und Neubaustrecke über 2 Mrd € aus. Man sieht: Geld ist genug da. Soll es dem Gemeinwohl dienen, müssen wir dafür kämpfen.

Widerstand verstärken

Noch sind die betrieblichen Widerstandserfolge bescheiden. Allein bei Daimler in Sindelfingen wurden für eine Vielzahl von Beschäftigten in jüngster Zeit über 900 neue Werkverträge mit Fremdfirmen abgeschlossen. Diese Kollegen machen im Betrieb die gleiche Arbeit, jedoch zu Dumping-Bedingungen. Nachdem 13000 reguläre Jobs gestrichen wurden werden zusätzlich mehr als 3000 Leiharbeiter eingesetzt, so Hofmann am 24. Februar. Und Daimler will die Leiharbeiterquote weiter erhöhen. Auch die Masse der nur befristet Beschäftigten lebt ungesichert.
Die neue Parole, jetzt müsse vor weiteren Schritten erst mal die Kampfbereitschaft geprüft werden, darf nicht zum Einknicken führen. In Zeiten, wo hier noch Tarifgeschichte geschrieben wurde, hat die IGM die Kampfbereitschaft nicht nur abgecheckt, sie hat sie mit allen Mitteln entwickelt.
Bleibt also viel zu tun, wenn Hofmanns Versprechen wahr werden soll. Seitens des Betriebsrats und der IGM!

EnBW wird fürs Land zum Risiko

In Geheimverhandlungen wurden im Auftrag der angeschlagenen CDU/FDP-Landesregierung 45,01% der EnBW-Aktien von dem französischen Atomkonzern EdF für 4,7 Mrd € zurückgekauft. Der Kaufpreis mit 41,50 € pro Aktie und damit um 17% über dem Aktienkurs, der vor dem Kaufangebot ausgewiesen wurde, wird von allen Experten als weit überhöht bewertet. Die CDU/FDP-Koalition steht in Baden-Württemberg vor der Abwahl. Mit dem Rückkauf sollen die Bürger von der unsozialen Mappus-Haudrauf-Politik und von den Fehlern bei S21 abgelenkt werden.

Baden-Württemberg bürgt für Kredit

Für den Handel fungiert die landeseigene Neckarpri GmbH mit einem Stammkapital von 25000 €. Finanziert wird der Kauf mit einem Kredit der L-Bank in Höhe von 4,7 Mrd, für den das Land bürgt. Der Kredit muss bis zu einer Milliarde aufgestockt werden, wenn weitere EnBW-Aktionäre ihre Anteile ebenfalls dem Land zum überhöhten Preis anbieten. Laut Ministerpräsident Mappus geht der Kauf nicht zu Lasten der Bürger, weil die Dividendenzahlungen der EnBW über den Zinskosten der Anleihe liegen werden. Solange die Aktie eine unveränderte Dividende von über 1,50 € abwirft, geht das. Die Financial Times Deutschland hat bereits formuliert „Mappus macht auf Heuschrecke“. Sinkt der Ertrag der EnBW muss am Ende der Steuerzahler aufkommen. Gegenwärtig steht die EnBW massiv unter Druck, weil zahlreiche Städte, darunter auch Stuttgart, eigene Stadtwerke gründen wollen.
Der Vorstandvorsitzende der EnBW hat bereits eine Kürzung der Investitionen bis 2013 um 2,8 Mrd € und ein Sparprogramm von 300 Mio € jährlich angekündigt.

Erste Verstaatlichung seit Jahrzehnten

Spektakulär ist der Aktienrückkauf aus mehreren Gründen. Obwohl in Deutschland kein größerer staatlicher Auftrag ohne öffentliche Ausschreibung erfolgen darf, hat Mappus ohne Ausschreibung und ohne Parlamentsbeschluss seinen Parteifreund Dirk Notheis mit den Verkaufsverhandlungen beauftragt. Notheis ist Vorstandsvorsitzender von Morgan Stanley Deutschland. Die notleidende Landesbank Baden-Württemberg LBBW blieb außen vor.
Andererseits ist dieser Aktienrückkauf die erste Verstaatlichung eines großen Industriekonzerns seit Jahrzehnten.
Aus kommunistischer Sicht kann der Rückkauf nur befürwortet werden, wenn folgende Aspekte berücksichtigt werden:
- Der Rückkauf muss durch verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien einen Beitrag zur Lösung der Klimafrage leisten.
Dies sehen wir nicht erfüllt.
- Die EnBW muss gesellschaftlich kontrolliert werden.
Der Rückkauf begünstigt

Fortsetzung S.3

einseitig die EdF. Geplant ist ein Wiederverkauf im Rahmen einer Börsenplatzierung. Eine Beteiligung der Bürger an den Unternehmensentscheidungen ist ausgeschlossen. Verhindert wird dies auch durch die designierten neuen Aufsichtsräte Ulrich Goll, FDP (noch Justizminister), Helmut Rau, CDU (noch Staatsminister), sowie durch den Vorsitzenden des Unternehmerverbandes Südwestmetall, dem Vorstandsvorsitzenden der Voith AG, Heidenheim und dem „Wirtschaftsweisen“ Wolfgang Franz.

Solidaritätserklärung der DKP an die streikenden Lokomotivführer

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die Deutsche Kommunistische Partei Baden-Württemberg erklärt sich solidarisch mit Eurer Tarifbewegung, mit Euren Kampfmaßnahmen.

In der Öffentlichkeit wird gegenwärtig medienwirksam über die schlimmen Auswirkungen Eurer Warnstreiks auf die Reisenden gejammert. Aber seit es eine Arbeiterbewegung, seit es Gewerkschaften, seit es Streiks gibt, muss, als ultima ratio, eben auch öffentlicher Unwille und ökonomischer Schaden in Kauf genommen, politischer Druck aufgebaut werden, wenn berechtigte Forderungen anders nicht durchgesetzt werden können.

Es wird gerne darauf verwiesen, dass größere Gewerkschaften in anderen Branchen, oft noch während der Friedenspflicht, bescheidene Tarifabschlüsse tätigen. Das wird als verantwortungsvolles Handeln dargestellt. Aber es ist nicht verantwortungsvoll, wenn die gewerkschaftliche Kraft verloren geht, weil sie nicht mehr ernsthaft eingesetzt wird, wenn Tarifbewegungen immer mehr den Charakter kollektiven Bettelns annehmen. Das ist nicht verantwortungsvoll den eigenen Kolleginnen und Kollegen gegenüber und auch nicht der ganzen Gesellschaft gegenüber, die keine soziale und demokratische Entwicklung nehmen kann, wenn es keine kampfbereiten starke Gewerkschaften mehr gibt.

Ihr setzt Zeichen, dass es auch anders geht und darauf könnt Ihr zu Recht stolz sein, dafür verdient Ihr Unterstützung und Solidarität. Unsere Solidarität gilt aber vor allem auch den Inhalten Eures Kampfes, den Forderungen

- nach einer einheitlichen Entlohnung für alle Lokomotivführer auf dem Niveau der Deutschen Bahn AG,
- nach einheitlichen Standards bei der Qualifizierung,
- nach Gesundheits- und Kündigungsschutz,
- nach sozialer Absicherung nach altersbedingter Fahrdienstuntauglichkeit,
- und der konsequenten Ablehnung des Ansinnens unentgeltlicher Verlängerung der Wochenarbeitszeit.

In einer Zeit, wo gesamtgesellschaftlich zum Schaden aller abhängig Beschäftigten, ein prekärer zweiter Arbeitsmarkt, zum Zweck von Lohn- und Sozialdumping, aus dem Boden gestampft wird, kämpft Ihr um Einheitlichkeit auf dem obersten Niveau und um Verbesserungen. Ihr bettelt nicht darum, mit dem Hut in der Hand, Ihr kämpft!

Auch andere Gewerkschaften, wie z.B. die IG-Metall, haben mit Unterstützung des DGB, z.B. am bundesweiten Aktionstag (24. Februar), gegen die fortschreitende Präkarisierung zu kämpfen begonnen.
Wir hoffen, dass diese Aktionen in den Betrieben und in der Öffentlichkeit dynamisch weitergehen und auch von den Betriebsräten in der täglichen betrieblichen Praxis Unterstützung finden.

Wir hoffen, dass aus nebeneinander stattfindenden Kämpfen ein großer, gemeinsamer und letztlich erfolgreicher Kampf wird.

Euch wünschen wir in Eurer Tarifbewegung viel Erfolg und werden das uns Mögliche dazu beitragen, Euch zu unterstützen.

Mit solidarischen Grüßen
DKP Baden-Württemberg

Stuttgart links befragt Reiner Hofmann, Kandidat der LINKEN, zur Landtagswahl

Welchen inhaltlichen Schwerpunkt setzt Du bei Deiner Landtagskandidatur?

Als Betriebsratsmitglied und Metaller geht es um die sozialen Fragen. Eine gute, kostenlose schulische Bildung und Ausbildung vom Kleinkind bis zum Studium. Bekämpfung prekärer Beschäftigungen, ein Mindestlohn von 10 € /Stunde, weg mit Hartz IV. Solange dies noch nicht möglich ist, Erhöhung des Hatz IV Satzes auf 500 € pro Monat. Vergabe öffentlicher Aufträge nur an Unternehmen, die Tarifverträge einhalten und mindestens den Mindestlohn bezahlen. Wichtig ist, den Gewerkschaften und den außerparlamentarischen Bewegungen im Parlament eine Stimme zu geben.

Welchen Stellenwert hat für Dich dabei die Bewegung gegen S21?

In Stuttgart spielen die Proteste gegen S21 und die Mogelpackung S21+ eine große Rolle. Ich verstehe hierbei nicht, wie Gewerkschafter gemeinsame Sache mit den Befürwortern machen können. Die Befürworter des Milliardengrabes sind die gleichen, die unter anderem für prekäre Beschäftigung, für Leiharbeit, gegen Lohn- und Gehaltserhöhungen, für Rente mit 67 und gegen eine Ausweitung betrieblicher Mitbestimmungsrechte eintreten, also in der täglichen Auseinandersetzung auf der anderen Seite stehen. Schon daraus müsste sich eigentliche eine klare Haltung jeder(s) Gewerkschafter(s)in zu S21 ergeben. Hier sollen Milliarden von Euro für einen schlechteren Bahnhof als der jetzt bestehende ausgegeben werden. Dieses Geld fehlt dann im Land für andere Verkehrsprojekte wie die Rheintalbahn oder die Elektrifizierung der Strecke Ulm - Friedrichshafen. In Stuttgart fehlt das Geld für die dringende Sanierung der Schulgebäude.

Was kann Deiner Meinung nach eine Fraktion der Linkspartei im Landtag bewirken?

Unsere reine Anwesenheit allein übt schon Druck auf die SPD und die Grünen aus, das ist schon viel. Versprechen können wir leider nichts. Mappus weg! gelingt allerdings nur mit uns. Nur wenn "Die Linke." in den Landtag kommt, kann sich im Land etwas ändern.

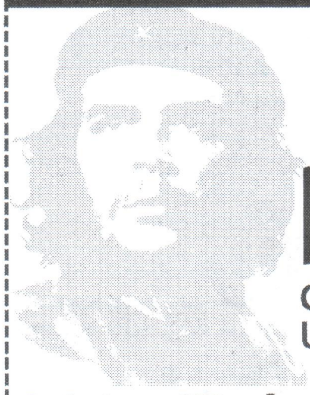
Bürgerbegehren für Stadtwerke ohne EnBW

Ab 9.2. hat ein neues Bürgerbegehren für 100% eigenständige Stuttgarter Stadtwerke begonnen.
Aus der Begründung des Bürgerbegehrens:
Wasser und Energie gehören zur Daseinsvorsorge der Bürger und müssen in kommunaler Hand sein. [...] Damit dies gewährleistet ist, muss die Stadt unsere Wasserversorgung wieder vollständig selbst betreiben. Wenn die Stadt die Netze für Strom, Gas und Fernwärme selbst betreibt, kann verstärkt Energie dezentral und umweltfreundlich vor Ort erzeugt werden. Um diese Ziel zu erreichen, muss jede Beteiligung oder Einflussnahme von Atomenergiekonzernen ausgeschlossen sein.
Weitere Informationen unter: www.aktion-stadtwerke-stuttgart.de

Montagsdemo gegen Stuttgart 21
18.00 Uhr am Hauptbahnhof

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar.
DKP Stuttgart, Spendenkonto 2078906, BW-Bank, BLZ 60050101

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP



UZ
Che würde UZ lesen!

Jetzt 10 Wochen testen!

☐ Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit" für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

☐ An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo.
(bzw. mit einer Spende in Höhe von ..... Euro.)

Name
Vorname
Telefon Geburtsjahr
Straße
PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 1 • 45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

Einladung zu den Treffen der DKP

Gruppe Cannstatt:
Di. 5.4.2011, 19.00 Uhr
Friedenskeller, Spreuergasse 45,
Eingang Finstermünzgasse, Cannstatt

Gruppe Nord:
Di. 22.3., 19.00 Uhr
Gaststätte Friedenau, Stuttgart-Ost
Di. 5.4.2011, 19.00 Uhr
Bürgerzentrum Feuerbach (Bonatzbau),
Stuttgarter Str. 15 (beim OBI, ehemaliges Bosch-Areal)